

NACHRICHTEN

Entschlossenheit in Manila

MANILA: Der philippinische Präsident Joseph Estrada demonstriert gegenüber den Entführern Entschlossenheit: Er verlangte von ihnen, die Bedingungen für die Freilassung der insgesamt 21 Verschleppten schriftlich zu stellen. Gleichzeitig beriet die Regierung in Manila über das Angebot der grössten muslimischen Rebellengruppe Moro Islamische Befreiungsfront (MILF), die Friedensgespräche wieder aufzunehmen.

Der Gesundheitszustand der deutschen Geisel Renate Wallert ist weiterhin besorgniserregend. Die 57-Jährige sei «die meiste Zeit bewusstlos», berichtete die Korrespondentin Florence Compain von der französischen Zeitung «Le Figaro» am Montag. Compain berichtete, die Geiseln seien in zwei Häusern untergebracht. Den neun Journalisten im Rebellengebiet, zu denen der Kontakt am Samstag abgebrochen war, ging es gut, wie der Chefredakteur des französischen Nachrichtensenders France-Info, Marc Crépin, am Montag berichtete.

Den neun Journalisten im Rebellengebiet, zu denen der Kontakt am Samstag abgebrochen war, ging es gut, wie der Chefredakteur des französischen Nachrichtensenders France-Info, Marc Crépin, am Montag berichtete. Sie seien nicht entführt, sondern lediglich von den Rebellen kontrolliert worden.

Manila begrüsst das Verhandlungsangebot der MILF. Der Militärchef der MILF, Muhamad Murad, hatte zuvor bekanntgegeben, dass die Gruppe bis Mittwochabend ihre Truppen von einer strategisch wichtigen Fernstrasse auf der Insel Mindanao abziehen werde.

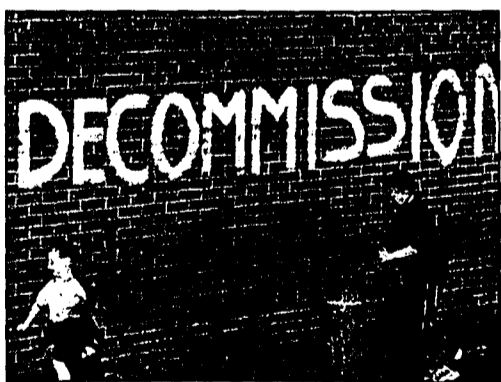
Kampagne gegen die Todesstrafe

GENÈVE: Mit einer Öffentlichkeitskampagne werben drei Menschenrechtsorganisationen in der Schweiz für die Abschaffung der Todesstrafe. An der Kampagne, die am Montag in Genf gestartet wurde, nehmen fünf Aktivisten aus den USA teil. «Es handelt sich um eine beschämende Praxis», erklärte Sonia Jacobs, die selber 17 Jahre in einem Gefängnis in Florida, davon sechs im Todesstrakt, sass.

Die Hinrichtungen würden auf brutale Art und Weise vorgenommen. «Es handelt sich um unnötige Folter», betonte Jacobs, deren Freund 1990 exekutiert wurde. In einer Petition wird US-Präsident Bill Clinton aufgefordert, die Todesstrafe in den USA für alle Tatbestände abzuschaffen. In denjenigen US-Bundesstaaten, welche die Todesstrafe anwenden, soll zudem ein sofortiges Hinrichtungsmoratorium verhängt werden.

In dem Text, der auch an US-Vizepräsident Al Gore und George W. Bush, Gouverneur von Texas, gerichtet ist, wird zudem die Abschaffung der Hinrichtungen jugendlicher Straftäter und geistig behinderter Menschen gefordert. Die USA verstiessen damit gegen die internationale Rechtsordnung.

Ruhe in Irland?



LONDON: Gut eine Woche nach der Ankündigung der Untergrundorganisation Irisch-Republikanische Armee (IRA), ihre Waffen unter Aufsicht zu stellen, haben die neu ernannten Waffeninspektoren ihre Arbeit aufgenommen. Finnlands Ex-Präsident Martti Ahtisaari und der ehemalige Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses ANC, Cyril Ramaphosa, die mit der Leitung der Inspektion beauftragt worden waren, kündigten am Montag in Belfast regelmässige Kontrollen der IRA-Waffenlager an.

«Wir werden diese Lager regelmässig inspizieren, um sicherzustellen, dass die Waffen nicht benutzt werden», teilten die beiden Politiker mit. Die Kontrolle der Waffenlager sei von «äusserster Wichtigkeit». Die IRA hat versprochen, ihre Waffen «vollständig und nachweislich» auszumustern. Die Äusserungen von Ahtisaari und Ramaphosa dürften vor allem an die protestantischen Ulster-Unionisten gerichtet.

Unruhen in Palästina

Blutige Auseinandersetzungen am «Tag der Katastrophe» - Dutzende Israelis verletzt

RAMALLAH: Tausende Palästinenser haben am Montag im gesamten Westjordanland und im Gazastreifen gegen die Gründung des Staates Israel vor 52 Jahren und die Vertreibung und Flucht hunderttausender Palästinenser protestiert.

Nach ersten Berichten wurden bei zum Teil blutigen Ausschreitungen dutzende Palästinenser und Israelis verletzt. Nach Angaben des israelischen Radios kam es bei Dschenin im Westjordanland sogar zu einer Schiesserei zwischen palästinensischen Polizisten und israelischen Soldaten. Es gab 2 Tote.

Der Tag der Katastrophe

Dabei wurde mindestens ein israelischer Offizier angeschossen. Anlässlich des «Tags der Katastrophe», wie der 15. Mai von den Palästinensern genannt wird, blieben alle Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen in den Autonomie-Gebieten geschlossen.

Der Nahe Osten will einfach nicht zur Ruhe kommen und die Gewaltbereitschaft ist dementsprechend



Strassenschlachten und Gewalt im Nahen Osten: Palästinenser demonstrierten am gestrigen «Tag der Katastrophe». Israelische Soldaten wurden mit Steinen und Molotow-Cocktails beworfen. Das Ergebnis: 2 Tote, 400 Verletzte.

hoch. Die palästinensischen Demonstranten suchten offenbar die Konfrontation auf Biegen und Brechen mit den israelischen Truppen vor allem am Rande der grösseren Städte, die im Rahmen des Frieden-

sprozesses fast alle unter palästinensische Verwaltung gestellt wurden. Die israelischen Soldaten wurden mit Steinen und Molotow-Cocktails beworfen. Sie feuerten daraufhin gummiummantelte Ge-

schosse auf die Demonstranten ab. Bei den seit Tagen anhaltenden Ausschreitungen sind inzwischen mindestens 150 Palästinenser zum Teil schwer verletzt worden. Ein Ende der Unruhen ist nicht in Sicht.

«Aus Blockade ausbrechen!»

Österreichs Kanzler W. Schüssel zur «Lage der Nation»

WIEN: Der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat eine Beobachtung des Landes durch die Kommission der Europäischen Union (EU) vorgeschlagen. So will er die Aufhebung der Sanktionen gegen Österreich erreichen.

Die Regierungskoalition FPÖ/ÖVP hat die ersten 100 Tage hinter sich. Und die Koalitionäre meinen, sie hätten eine gute Bilanz vorzuweisen.

Zur Lage der Nation

Das wäre ein «Ausbruch aus einer verfahrenen Situation», sagte Schüssel am Montag in einer Rede «Zur Lage der Nation».

Die 14 EU-Partner sollten die Kommission, die Österreich seit dem Amtsantritt der Mitte-Rechts Regierung beobachtet, mit einem Bericht beauftragen. Dieser könnte beim EU-Gipfel in Portugal im Juni vorgelegt werden, sagte Schüssel weiter. Der Kanzler rief die EU-Partner auf, «aus der Blockade auszubrechen», damit sich die EU wieder mit wesentlichen Themen wie der Erweiterung, der Institutionenreform und dem Euro beschäftigen könne.

Aus Protest gegen die Beteiligung der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ) an der Koalition mit Schüssels konservativer Volkspartei (ÖVP) haben 14 EU-Länder ihre zwischenstaatlichen Beziehungen zu Österreich eingefroren.



Österreichs Bundeskanzler Dr. W. Schüssel forderte in seiner Rede zur Lage der Nation erneut die Aufhebung der Sanktionen. (Bild: Keystone)

Ultimatum abgelaufen

MOSKOW: In Tschetschenien ist am Montag nach halbjährigem Dauer-Amnestie-Angebot der russischen Duma an Rebellen abgelaufen, die sich keiner von vier Straftatbeständen schuldig gemacht haben.

Das Angebot galt auch für den gewählten tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow, der allerdings keinen Gebrauch davon machte. Nach Angaben der Nachrichtenagentur «Iar-Tass» haben bisher lediglich rund 500 Rebellen von dem Angebot Gebrauch gemacht. Von ihnen wurden bisher 135 auf freien Fuss gesetzt. Das russische Parlament hatte im vergangenen Dezember den Rebellen im Falle einer Kapitulation eine Amnestie angeboten. Diesem war verlängert worden und sollte am 15. Mai um Mitternacht endgültig ablaufen.

Protest gegen Milosevic

BELGRAD: Mehr als zehntausend serbische Oppositionelle haben sich am Montag in der Hauptstadt Belgrad zu einer Demonstration gegen das Regime des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic versammelt. Gegen 15.00 Uhr, als die Veranstaltung auf dem zentralen Platz der Republik beginnen sollte, seien noch weitere Menschen hinzu geströmt, berichteten Journalisten. Am Rande des Innenstadbezirks waren unterdessen starke Polizeikräfte aufmarschiert. Die Oppositionsparteien fürchteten Konfrontationen mit der Polizei, nachdem sie von der Regierung bezichtigt worden war, in den Mord an dem Milosevic-Vertrauten Bosko Perosevic Novi Sad verwickelt zu sein.

WEU bleibt

Die Westeuropäische Union (WEU), der europäische Verteidigungsarm der NATO, wird bis 2003 bestehen bleiben. Das bekräftigte der Sprecher der portugiesischen WEU-Präsidentschaft, Fernando Neves, am Montag in Porto. «Eine Beerdigung (der WEU) wollen wir nicht vor 2003 abhalten», sagte Neves. Grundsätzlich soll die WEU Ende dieses Jahres in der Europäischen Union (EU) aufgehen. In der portugiesischen Hafenstadt Porto stehen europäische Sicherheitsfragen im Mittelpunkt zweitägiger Beratungen, zu denen am Montag Vertreter aus 28 Staaten zusammen gekommen sind. Am Vormittag berieten Verteidigungsminister und Rüstungsexperten, am Nachmittag auch die Ausserminister oder ihre Vertreter.

Eritrea: Blutvergiessen geht weiter

Äthiopien und Eritrea: Grosse Verluste auf beiden Seiten

ADIS ABEBA: Beide Seiten sprachen erneut von hohen Verlusten des Feindes. Wegen des Krieges will der UNO-Sicherheitsrat am Montag über die Verhängung von Sanktionen beraten.

Äthopiens Aussenministerium teilte in Addis Abeba mit, dass die äthiopische Luftwaffe strategische Positionen in Eritrea angegriffen habe. Wie das Aussenministerium in Addis Abeba ferner erklärte, überrannten äthiopische Truppen zehn eritreische

Stellungen. Am Sonntag hatte es geheissen, acht Divisionen mit über 40 000 Mann seien aufgerieben worden. Ein Regierungssprecher in Eritreas Hauptstadt Asmara sagte hingegen, 25 000 feindliche Soldaten seien ausgeschaltet worden.

Russland, der Verhinderer ...

Das höchste UNO-Gremium hatte am Freitag Zwangsmassnahmen angedroht und eine Frist von 72 Stunden für die Einstellung aller Kampfhandlungen gesetzt. Bislang

hat vor allem Russland, das als ständiges Mitglied des Rates über ein Vetorecht verfügt, ein entschlosseneres Vorgehen der UNO verhindert.

Ein armer Staat

Russland gilt als wichtigster Waffenlieferant beider Kriegsgegner. Die Kriegsgegner gehören zu den mit Abstand ärmsten Staaten der Welt. In Äthiopien überleben derzeit hunderttausende Menschen nur durch die humanitäre Hilfe des Westens.

REKLAME

Ruin unseres Sozialwesens?
(AHV, ALV etc.) auf Kosten der jungen Generation? Lohnabbau? Sind das die grossartigen Zukunftsaussichten?
NEIN zu den Bilateralen!
Jugend gegen Bilaterale PC 00-724162-3
Postfach 569, 9051 Wil www.euneln.ch